

Kapitalismus als Sieg des Gemeinen Mannes – ein Ausflug in die Politische Ökonomie

Der Sieg des Kapitalismus scheint endgültig. Selbst die Gegner des Kapitalismus kennen keine Alternative: In Leipzig, der Stadt der friedlichen Revolution, steht an Häuserwänden: „Der Kapitalismus hat nicht gesiegt, sondern nur als einziger überlebt.“ Es mag Entwicklungen geben, die wir heute noch nicht absehen können. Sie werden wahrscheinlich von einer rasch wachsenden Bedeutung kollektiver Güter ausgehen, zum Beispiel des Guts Umwelt. Dies könnte uns zwingen, den bestehenden Kapitalismus nachhaltig zu verändern. Die meisten gehen allerdings davon aus, dass er seine wesentlichen Züge nicht verlöre: Marktsteuerung, schlanker Staat und aktive Zivilgesellschaft als Ausdruck von Demokratie der Gleichen sind wohl unverzichtbar.

In Zeiten solcher Euphorie über die Selbstregulierung des Marktes wenigstens bei der Produktion privater Güter, erscheint ein Buch unzeitgemäß, dessen zentrale These lautet: Kapitalismus ist ein zufälliges Produkt in der Geschichte. Kapitalismus hängt von Voraussetzungen ab, die den Mächtigen aufgezwungen werden, die diese Mächtigen politisch und ideologisch sogar bekämpfen. Sie werden ihnen letztlich von denen „Unten“ ohne klares theoretisches Konzept aufgezwungen. Sie sind Nebenprodukt des Kampfes des Gemeinen Mannes um Anerkennung und Berücksichtigung seiner Interessen. Kapitalismus ist daher Ausdruck des Siegs des Gemeinen Mannes und seines gesunden Menschenverstands, dem das Hemd näher als der Rock ist, und dem das unmittelbare materielle Interesse mehr gilt als die Theorie.

Kapitalismus wäre dann gefährdet, wenn Voraussetzungen für die Geltung der Interessen und der Sichtweisen des Gemeinen Mannes entfallen. Diese Voraussetzungen sind nicht automatisches Produkt technischen Fortschritts, „zivilisierenden Lernens“ (der berühmte Prozess der Zivilisation) oder kultureller Entwicklung. Weil weder von den Herrschenden durchgesetzt noch notwendig vom Gemeinen Mann, den Subalternen, verstanden, gibt es auch keine breiten gesellschaftlichen Bündnisse zur Verteidigung dieser Voraussetzungen, selbst wenn Kapitalismus einmal durchgesetzt ist. Es muss deshalb auch befürchtet werden,

dass die Voraussetzungen von Kapitalismus gerade wegen des Erfolgs von Kapitalismus untergraben und letztlich zerstört werden. So gesehen kann nicht einmal angenommen werden, dass in der Geschichte die Voraussetzungen für Kapitalismus überhaupt auftreten mussten.

Wo Voraussetzungen für die Durchsetzung von Kapitalismus nicht bestehen, kann Kapitalismus allerdings von außen eindringen und durchaus kapitalistische Verhaltensmuster oder Regeln durchsetzen. Kapitalismus dringt dabei in wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Strukturen ein, ohne dabei zwangsläufig wesentliche Hindernisse für seine Entfaltung tatsächlich zu beseitigen. Weiter bestehende nicht-kapitalistische Strukturen können sogar noch gestärkt werden und die weitere Transformation in Richtung auf Kapitalismus behindern. Kapitalismus gefährdet nicht nur die eigenen Voraussetzungen, sondern produziert sogar neue Kräfte, die auf seine Niederlage hinwirken. Die heutige Globalisierung hat viele Aspekte der Zerstörung der „einbettenden“, aber durchaus konstitutiven Voraussetzungen von Kapitalismus. Das „Ende der Geschichte“ wäre dann nicht die Erfüllung der emanzipatorischen Träume der Menschheit, sondern ein wohlwollender Staat vom Muster der „guten Kaiser“ der Alten Reiche. Wichtige Errungenschaften von Kapitalismus müssten nicht völlig verloren gehen, sondern könnten durchaus weiter wirken, wenn auch mit Einschränkungen. Ein bisschen Kontrolle der „Oben“ durch „geordneten“ Wettbewerb, ein bisschen Partizipation der „Unteren“ am gesellschaftlichen Reichtum und wohlwollende Grenzen für die Freiheit der politischen Auseinandersetzungen von herrschenden Normen des Wohlverhaltens aus der Kultur derer da „Oben“.

Dies abzuwenden könnte Aufgabe der Politik der „Unteren“ in der heutigen Epoche sein. Sie müssten Kapitalismus mit politischen Mitteln verteidigen. Kapitalismus dürfte nicht mehr als „natürliche“ Regulierung von Wirtschaft, sondern müsste als eine politisch gewollte und politisch eingebettete Veranstaltung begriffen werden. Eine solche bewusste Verteidigung von Kapitalismus würde jenseits kurzfristiger „Bread-and-butter“ Interessen Konsens über die tatsächlichen Voraussetzungen kapitalistischen Wachstums voraussetzen.

Für diese Diskussion ist die Einsicht wichtig, dass Profit von Investitionsausgaben abhängt, die nur deshalb profitabel sind, weil die Unteren durch ihren Kampf um Einkommenssteigerungen Absatzmärkte schaffen. Kapitalismus ist eine unabsichtlich von den ökonomisch Schwachen durchgesetzte Veranstaltung. Kapitalismus wird möglich, weil die Subalternen – durch eine Gemengelage verschiedener Prozesse – historisch zufällig auf dem Arbeitsmarkt Verhandlungsmacht gewinnen. Diese Verhandlungsmacht muss nicht Folge von politischer Organisation sein. Es genügt, dass Arbeitskraft wirtschaftlich knapp ist, sie braucht nicht die politische Macht erringen. Dabei reduzieren die Unteren den Überschuss, der für die Reichen zur Verfügung steht. Selbst im Fall des Erfolgs müssen

sie allerdings den Privilegierten die Mittel überlassen, die für jene Investitionen notwendig ist, ohne die die Kapazitätserweiterungen nicht bezahlt werden können, die zur Befriedigung der steigenden Massennachfrage notwendig sind. Die Reichen haben Zugang zum Überschuss nur noch unter der Voraussetzung, dass sie diesen Überschuss produktiv einsetzen, nämlich für Investitionen in Produkte, die gewinnbringend verkauft werden können. Dazu müssen diese Produkte wettbewerbsfähig sein – also kostengünstig produziert werden und kaufkräftige Nachfrage vor allem durchschnittlicher Konsumenten befriedigen. Noch vor der großen Französischen Revolution wurde das Prinzip erkannt: Krieg (Wettbewerb) den Schlössern, Frieden (Massenkonsum) den Hütten.

1 Was uns erwartet – einige zentrale Argumente

Nach einem kurzen Ausflug in Grundlagen keynesianischer Makroökonomie wird im ersten Kapitel gezeigt, dass der technische und kulturelle Fortschritt der Menschheit nur zu gesellschaftlichen Differenzierungen und mehr Wissen, auch über die Natur und Technologie, nicht aber zu politischer Verhandlungsfähigkeit der Unteren führt. Der Übergang von sich auflösenden gemeinschaftlichen Gesellschaftsstrukturen führt zu den stark hierarchisierten sogenannten „tributären“ Reichen, den „Hochzivilisationen der Alten Welt“. Hier werden in zirkulären Prozessen des Aufstiegs und des Niedergangs von Dynastien die alten Kapitalismus blockierenden gesellschaftlichen Strukturen „erneuert“, nämlich wiederhergestellt.

Zur Durchsetzung des Übergangs zum Kapitalismus müssen besondere Faktoren wirksam gewesen sein. Sie sind Gegenstand des zweiten Kapitels. Ursache des Übergangs zu Kapitalismus ist eine zufällig auftretende, explosive Gemengelage hoher Widerstandsmöglichkeiten der Unteren. Sie entsteht von allen gesellschaftlichen Gruppen unbeabsichtigt, deshalb auch unbewusst, meist mit völlig unzutreffender Ideologie, oft gegen den Willen wesentlicher, auch aufsteigender gesellschaftlicher Gruppen. Niemand hat Kapitalismus gewollt, niemand hat Kapitalismus vorausgesehen, niemand hat Kapitalismus in Utopien erdenken können.

Nicht-kapitalistische Gesellschaften wurden ausgebeutet und dazu noch deformiert, erhoben sich und versuchten Reformen. Dieses Wechselspiel ist Gegenstand des dritten Kapitels. Lokale (oft neue) Herrscher zentralisierten finanzielle Ressourcen und setzten sie für nachholende Entwicklung ein. Versuche, durch Reformen aufzuholen und vom Westen zu lernen, führten zu hoch zentralisierten Organisationsstrukturen in der Wirtschaft, den Staatsklassen, also einer Schicht sozial aufgestiegener einflussreicher Verwaltungsbeamter und Militärs, die die bürokratischen Entwicklungsgesellschaften dominier(t)en. Obwohl

diese, durch die ab 1945 zunehmend politisch unabhängige unterentwickelte Welt, dem kapitalistischen Westen erhebliche Kosten auferlegten, konnten sich die Länder des kapitalistischen Westens mit ihnen relativ gut arrangieren, auch weil neue Absatzmärkte entstanden. *Kapitalismus ist expansiv, aber nicht „ansteckend“*.

Kapitalismus ist instabil. Zyklische Prozesse und Zusammenbrüche gibt es auch in anderen Gesellschaftsstrukturen, z. B. den Investitionszyklus in realsozialistischen Gesellschaften. In nicht-kapitalistischen Gesellschaften hat allerdings das politische System eine überragende Bedeutung und kann, so wie im dynastischen Zyklus der tributären Reiche, das alte System wieder herstellen. Im Kapitalismus ist dies schwieriger, weil die verschiedenen Teilsysteme wie Politik, Gesellschaft aber auch Kultur, mit der Wirtschaft loser verknüpft sind, auch wenn hier diese Teilsysteme sehr viel effizienter erscheinen als in nicht-kapitalistischen Gesellschaften.

Diese Instabilität ist ein wichtiger Aspekt der Chancen auf individuelle Freiheit im Kapitalismus. Weil Kapitalismus nicht als Masterplan durchgeführt wird, sind Religion, Kultur, Kunst, soziales Verhalten und Politik in weniger direkter Weise in die Aufrechterhaltung des Systems einbezogen als in nicht-kapitalistischen Strukturen.

Die Befreiung nicht-wirtschaftlicher Sphären von funktionalen Anforderungen der ökonomischen Sphäre hat eine wichtige Folge: solange die Stabilitätsbedingungen im wirtschaftlichen Bereich des Kapitalismus durch angemessen wachsende Masseneinkommen aufrechterhalten bleiben, gehen vom wirtschaftlichen System keine eindeutigen Vorgaben für die Veränderung anderer Systeme aus. In Kultur, Politik, Gesellschaft und der Religion können eine Vielzahl möglicherweise miteinander völlig widersprüchlicher Erscheinungen zusammen existieren, ohne dass dies auf die Stabilität der kapitalistischen Wirtschaft Einfluss haben müsste.

Solange diese Stabilität gewährleistet ist, kann es ohne Gefahr für die Wirtschaft widersprüchliche, auch wirklichkeitsfremde, und zum realen Prozess in der Wirtschaft konträre Auffassungen geben. Arbeiter und Unternehmer können miteinander zusammenarbeiten, auch wenn sie die Funktionsweise von Kapitalismus völlig unterschiedlich interpretieren. Hohe Masseneinkommen sind für Stabilität günstig, weil sie hohe Investitionen anregen und dadurch zu Knappheit von Arbeit und über den Markt zu Einkommens- und zu Nachfragesteigerungen führen. Unternehmer glauben aber, dass Profit von niedrigen Löhnen und nicht allzu hoher Beschäftigung abhängt. Die Voraussetzung für kapitalistisches Wachstum stimmt dann nicht direkt mit den Verhaltensregeln für die Unternehmer überein. Die Unternehmer sind allerdings die bei Entscheidungen führende Gruppe, weil sie über die Höhe der Investitionen bestimmen.

Dies ist nur ein Aspekt der keynesianischen Theorie, dass die Investitionen instabil sind und deshalb die Gesamtnachfrage so niedrig bleiben kann, dass Vollbeschäftigung nicht erreicht wird und deshalb Arbeit auf dem Arbeitsmarkt ihre Verhandlungsmacht verliert. Auswege werden immer gefunden. Sie sind abhängig auch von nichtwirtschaftlichen Faktoren. Das 20. Jahrhundert bietet Anschauungsmaterial. Gefahren und Instabilität werden an diesen Beispielen im vierten Kapitel behandelt.

Allerdings können die Hindernisse für die Ausweitung der Massennachfrage unüberwindlich groß werden. Dies ist die *Herausforderung der gegenwärtigen Globalisierung*. Sie ist Gegenstand des fünften Kapitels. Durch eigene Anstrengungen und Zufluss von ausländischen Investitionen haben nicht-kapitalistische Gesellschaften in einzelnen Industriezweigen internationale Wettbewerbsfähigkeit erreicht. Dabei ist in vielen anderen Bereichen die Produktivität zurückgeblieben. Diese Wirtschaften sind sektoral hochproduktiv, haben aber wegen geringer durchschnittlicher Produktivität niedrige Reallöhne. Deshalb sind die Arbeitskosten in den hochproduktiven Branchen nicht parallel zur Produktivität in diesen Branchen gestiegen. Ihre niedrigen Kosten sind zudem Folge niedriger Wechselkurse, die sie so lange aufrechterhalten können, wie ihre Beschäftigungsniveaus niedrig bleiben, also der „Mitzieheffekt“ des Kapitalismus klein bleibt. Fehleinschätzungen wesentlicher gesellschaftlicher Gruppen lösen gleichwohl in der kapitalistischen und in der nicht kapitalistischen Welt Anpassungsversuche aus, durch die die Grundlagen von Kapitalismus geschwächt oder gar zerstört werden.

Die Alternative läge in der Erkenntnis der zentralen Bedeutung der Nachfrage für den Profit, aus der sich dann auch ergibt, dass die in den letzten Jahren verfolgte Alternative des angebotsorientierten Wachstums des „Finanzkapitalismus“ nur der Weg in den Vorhof der nicht-kapitalistischen „Hölle“ darstellt.

2 Die gesellschaftliche Grundlagen von Profit: Ohne Ausgaben für Investitionen keine Profite

Wirtschaften bedeutet im Kapitalismus, Profite zu machen, wirtschaftliche Ressourcen erhält, wer Profit gemacht. Wer Profite gemacht hat, will und muss diese nutzen, um weitere zu erzielen, da er seinen Profit für Investitionen aufbraucht. Das ist historisch progressiv: Profit ist eine besondere Form wirtschaftlichen Überschusses und grundlegend verschieden von nicht-kapitalistischen Formen von Überschuss.

Überschuss, das heißt ein Mehr von Produktion im Verhältnis zu den Gütern, die für das Überleben der Arbeitskräfte und ihrer Familien (Reproduktionskos-

ten) benötigt werden, ist die Grundlage aller geschichteten Gesellschaften. Man kann die wirtschaftliche und gesellschaftliche Organisation von Gesellschaften in ihren Widersprüchen und in ihrer Dynamik erfassen, wenn man die Formen der Auseinandersetzung um diesen Überschuss in den Mittelpunkt der Analyse stellt. Die Bedingungen des Zugangs zu diesem Überschuss und damit auch die Bedingungen für Ausbeutung von Arbeitskraft stellen den Kernbereich gesellschaftlicher Regulierung dar.

Für die Dynamik wirtschaftlich-gesellschaftlicher Strukturen, die wir Produktionsweisen nennen, ist entscheidend, wer aufgrund welcher Leistungen Zugang zum wirtschaftlichen Überschuss erhält, und was er tun muss, um weiterhin dieses Privileg zu genießen. Im Kapitalismus erzielen Unternehmer Profite aufgrund ihrer Ausgaben für Investitionen. Der Anteil des einzelnen Unternehmers an diesen Profiten hängt davon ab, ob ihm gelingt, kostengünstig marktfähige Produkte herzustellen, für die es ein gesellschaftliches Bedürfnis, nämlich Nachfrage gibt. Niemand braucht politische Macht, um Profite zu erzielen. Kapitalismus erscheint als selbststeuernder Prozess der „Selbstverwertung“ von Kapital, nämlich von Mitteln, die Zugriff zu Produktionsmitteln und damit zu Profit erlauben. Dies unterscheidet Kapitalismus von anderen Produktionsweisen, in denen es auch Märkte gibt, die allerdings politisch reguliert werden, entweder durch den Staat oder durch gesellschaftliche Instanzen, die Aufgaben politisch erledigen können. Kapitalismus kann deshalb einhergehen mit rechtlicher Gleichheit und allgemeiner Beteiligung aller an politischen Entscheidungen, auch wenn es noch wirtschaftliche Unterschiede gibt. Wirtschaftliche Unterschiede müssen bei vollständiger Konkurrenz dauernd durch Innovationen (neue Produkte oder neue kostengünstigere Produktionsverfahren) verteidigt werden. Kapitalismus erzeugt als Nebenprodukt der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Auseinandersetzungen permanent technische Neuerungen. Allerdings ist dieses System nur stabil, wenn auch die nicht am Überschuss Beteiligten Zugang zum wachsenden Wohlstand über steigende Masseneinkommen haben.

Nicht-kapitalistische Gesellschaften unterscheiden sich von kapitalistischen dadurch, dass dieser Zugang zu Überschuss letztlich auf Gewalt beruht, auch wenn häufig dieses Gewaltverhältnis in den Augen der Unteren durch den Glauben an die Legitimität der bestehenden Ordnung verschleiert wird. Der Überschuss wird hier mit politischen Mitteln angeeignet. Ich nenne diese Form von Überschuss Rente. Der Gewaltaspekt kann weniger deutlich sein, wenn politische Macht das monopolistische Eigentum an besonders günstigen natürlichen Ressourcen schützt (z. B. Differentialrenten bei mineralischen Rohstoffen, Exportsteuern auf tropische Agrarprodukte, aber auch Salzsteuer in allen Alten Reichen). Auch hier setzt aber die Aneignung der finanziellen Mittel auch die politisch durchgesetzte Verknappung des Angebots voraus.

Im Kapitalismus beruht der Zugang eines je einzelnen Unternehmers zu Überschuss auf einer rechtlichen Beziehung, dem Privateigentum, das mit dem staatlichen Gewaltmonopol gesichert wird. Der Gesamtumfang des Profits, die „Profitmasse“, den alle Unternehmen gemeinsam im Wirtschaftsprozess „erwirtschaften“, nämlich am Markt über Preise durchsetzen können, hängt aber von weiteren Bedingungen ab.

Die für den Keynesianismus zentrale Aussage lautet: die Höhe der Profite, die insgesamt an die Unternehmer geht, hängt von ihren zuvor getätigten Ausgaben für Nettoinvestitionen ab. Dieser Zusammenhang ist nicht Folge von Produktivitätssteigerungen, die Unternehmen mit Investitionen erzielen, sondern der Einkommen, die sie den Haushalten durch ihre Ausgaben für Investitionen verschaffen.

Die einfache mathematische Demonstration des Anhangs 1 kann so kurz zusammengefasst werden: Wir vereinfachen eine kapitalistische Wirtschaft auf zwei Produktionssektoren und zwei Klassen. Zunächst vernachlässigen wir den Staatssektor und die außenwirtschaftlichen Beziehungen. In dieser Wirtschaft produziert ein Sektor Investitionsgüter (Maschinen und Bauten für Unternehmen und Fabriken), ein anderer Konsumgüter. Der größere Teil der Investitionsgüter ersetzt Investitionsgüter, die im Produktionsprozess im Lauf der Zeit verbraucht worden sind. Ein anderer, kleinerer Teil dient der Erweiterung und im Regelfall auch der Verbesserung der Produktionsmöglichkeiten, z. B. weil neue Maschinen einen höheren technischen Entwicklungsstand widerspiegeln. Der andere Sektor produziert Konsumgüter, die von privaten Haushalten unterschiedlicher Einkommenshöhe gekauft und dann auch verbraucht werden, selbst wenn die Haushalte diese Produkte auf lange Zeit nutzen (z. B. Portraitbilder ihrer Lieben).

Da es in unserer vereinfachten kapitalistischen Wirtschaft keine Erwerbsmöglichkeiten außerhalb der kapitalistischen Produktion gibt, finden wir auch nur zwei Einkommensarten, Unternehmenseinkommen, die wir Profit nennen, und Haushaltseinkommen, die wir Lohn nennen. Wir nehmen die vielfach gelobte Bescheidenheit gerade der frühen kapitalistischen Unternehmer ernst und führen als weitere Annahme ein, dass sie ihre Einkommen nicht verprassen, sondern in die Erweiterung und Verbesserung ihrer Betriebe investieren. Dazu benötigen wir zunächst keinerlei Annahmen über die kulturelle Beeinflussung ihres Verhaltens weil in einer kapitalistischen Wirtschaft mit perfekten Märkten auch die Unternehmer miteinander im Wettbewerb stehen. Ein Unternehmer, der übermäßig in die Betriebskasse griffe, würde von bescheideneren Unternehmern preislich unterboten. Gleichwohl müssen auch solche Unternehmer überleben und bleiben Unternehmer nur dann, wenn sie ein gewisses Einkommen der Betriebskasse entnehmen können, das in einer vernünftigen Beziehung zu den

Einkommen steht, das andere, weniger von Risiken Geplagte, erzielen. Dieses vom Unternehmen nicht für Investitionen genutzte Einkommen nennen wir Unternehmerlohn und rechnen es den Löhnen zu, die die Haushalte erzielen. Ebenso nehmen wir die Annahme ernst, dass kapitalistische Unternehmer nichts zu verschenken haben, so dass die Masse der Haushalte niedrige Einkommen erhält und diese gänzlich fürs Überleben benötigt. Die Löhne werden also vollständig für Konsumgüter ausgegeben. Gleichzeitig werden ausschließlich Löhne für Konsumgüter ausgegeben. Der Erlös für alle Konsumgüter zusammen ist dann gleich hoch wie die Gesamtsumme aller Haushaltseinkommen, die wir als Löhne, einschließlich des Managerlohns der Unternehmer definiert haben.

Die Unternehmer des Konsumgütersektors haben bei der Produktion Kosten, die Löhne der von ihnen beschäftigten Arbeiter, die Kosten für Vorprodukte wie Rohstoffe oder Energie und die Kosten des Verschleisses an Maschinen und Bauten, die sie durch sukzessive Neukäufe und Reparaturen ausgleichen. Die Kosten dieser Vorprodukte bestehen wiederum aus den gleichen Einzelpunkten, Löhnen, Vorprodukten, Investitionsgüterverschleiss etc. Wenn wir in den Produktionsketten immer weiter zurückgehen, erhalten wir als Ergebnis, dass die Gesamtkosten der Konsumgüterproduktion den gesamten Einkommen der Haushalte in der Produktionskette entsprechen, deren Ergebnis die Gesamtheit aller Konsumgüter ist. Solange es nur Haushalte gibt, die ihre Einkommen aus der Produktion von Konsumgütern, der dafür verwendeten Vorprodukte und der dabei verbrauchten Investitionsgüter erzielen, entsprechen die Gesamterlöse für die Konsumgüter den Gesamtkosten ihrer Produktion. Damit es Profit gibt, muss es Haushalte geben, die ihre Einkommen aus einem anderen Wirtschaftssektor beziehen als der Konsumgüterproduktion. In unserem vereinfachten Modell kann es sich dabei nur um die Investitionsgüterproduktion handeln.

Investitionsgüter wie Maschinen kann man nicht essen. Arbeitskräfte, die Investitionsgüter produzieren, erhalten Löhne, ohne dass sie selbst zur Vermehrung des Konsumgüterangebots beitragen. Sie konkurrieren mit den Arbeitern der Konsumgüterindustrie um das Konsumgüterangebot, das die Konsumgüter produzierenden Haushalte erstellt hatten. Dadurch steigen die Preise der Konsumgüter bis auch die Investitionsgüter produzierenden Haushalte ihr gesamtes Einkommen ausgegeben haben. Die Gesamtheit der Erlöse der Konsumgüterproduzenten liegen nun um den Betrag der Konsumausgaben, damit der Löhne der Haushalte in der Investitionsgüterproduktion, über den Gesamtkosten in der Konsumgüterproduktion. Die Konsumgüter produzierenden Unternehmen haben einen finanziellen Überschuss erzielt.

Wenn in der Konsumgüterproduktion Profite erzielt werden, werden die Unternehmer in der Investitionsgüterproduktion versuchen, auch Profite erzielen. Sie werden ihr Kapital nicht in einer Branche belassen, in der weniger verdient

wird als in anderen, sofern ihnen möglich ist, auch in solchen anderen Branchen tätig zu sein. Investitionsgüterproduzenten verfügen über das technische Know-how, Konsumgüter zu produzieren, weil sie nur dann Maschinen für die Produzenten von Konsumgütern herstellen können, wenn sie deren Produktionsprozesse vollständig verstanden haben. Jede neue Technologie kann nur verwirklicht werden, wenn dazu Maschinen hergestellt werden. Würde in der Konsumgüterproduktion besser verdient als in der Investitionsgüterproduktion, könnten die Produzenten von Investitionsgütern ihre Maschinen behalten und bei vollständigem Wettbewerb (wenn z. B. Markennamen keine Rolle spielen) selbst in die Konsumgüterproduktion einsteigen. Investitionsgüter würden knapp und dann teurer, und zwar so lange bis das Verhältnis zwischen finanziellem Überschuss (Profit) und eingesetzten finanziellen Mitteln (Kapital) der Investitionsgüterproduktion den Stand in der Konsumgüterproduktion erreicht. Der Gesamtprofit besteht dann aus dem Überschuss aus der Investitionsgüterproduktion und dem in der Konsumgüterproduktion erzielten Überschuss, von dem wir gesehen haben, dass er den Löhnen in der Produktionskette der Investitionsgüterproduktion entspricht. Der gesamte Profit in beiden Sektoren ist gleich hoch wie der Gesamtwert der Produktion des Investitionsgütersektors, der sich aus den Kosten der Investitionsgüterproduktion und dem Gewinn der Investitionsgüter produzierenden Unternehmen zusammensetzt.

Die Unternehmen bestimmen selbst die Höhe der Profite und zwar durch ihre Investitionsausgaben. Dies gilt selbst dann, wenn die Arbeiter zu hohe Lohnforderungen durchsetzen würden. Würden die Haushalte den Unternehmen eine Steuer auferlegen, um mehr zu konsumieren, müssten die Unternehmen die Kapazitäten erweitern. Dazu müssten sie Investitionsgüter kaufen, bei deren Produktion Arbeiter zusätzliche Löhne erhielten, mit denen sie Konsumgüter kauften. Die Konsumgüter würden knapp. Die Preise stiegen. Ein Teil des Einkommens der Haushalte würde jetzt inflationär entwertet. Dieses „Zwangssparen“ schützt den Unternehmensprofit vor Umverteilung.

Der Befund, dass kapitalistischer Profit auf den Investitionsausgaben der Unternehmen beruht, wird durch Einbeziehung der bisher nicht betrachteten Sektoren nicht wesentlich verändert. Selbstverständlich schafft eine Wirtschaft, die mehr exportiert als sie importiert und damit einen Überschuss der Handelsbilanz erzielt, Einkommen (vor allem in den Exportbranchen), ohne dass dadurch in gleichem Umfang Konsumgüter durch lokale Produktion oder Importe zur Verfügung stünden (solange die Handelsbilanz einen Überschuss aufweisen soll). Also können die Konsumgüter wieder zu höheren Preisen auf dem Binnenmarkt verkauft werden, als ihren Kosten entspricht. Ein Exportüberschuss schafft eine zusätzliche Quelle für Profit. Dies setzt aber voraus, dass die Wirtschaften, gegenüber denen ein solcher Handelsbilanzüberschuss erzielt wird, zahlungsfähig

bleiben. Die Wirtschaft mit Handelsbilanzüberschuss muss also Kredite gewähren, weil sie dem Rest der Welt mehr verkauft, als sie ihm abnimmt. Schulden können nicht unendlich wachsen. Ähnliches gilt für die Hoffnung, eine über den Kosten in der Konsumgüterproduktion liegende Nachfrage durch Staatsausgaben herbeizuführen. Der Staat kann entweder Kredite aufnehmen, und dann gilt wieder die Gefahr der Überschuldung, oder seine Ausgaben durch Steuererhöhungen finanzieren. Zusätzliche Steuern, ob als Steuerschuld der Unternehmer oder als Steuerschuld der Haushalte, gehen in die Produktionskosten ein, solange die Reallöhne nach Steuern gleich bleiben. Sollen die Reallöhne entsprechend den zusätzlichen Steuern sinken, sänke auch die Nachfrage aus Löhnen, so dass das Ziel der Nachfragebelebung durch Staatsausgaben konterkariert würde. Das schließt nicht aus, dass zusätzlicher Konsum alternativ als öffentlicher Konsum oder als privater Konsum der Haushalte organisiert werden kann.

Mit der Abfolge „Investitionsausgaben führen zu Profit“ stellt sich die Frage nach dem „Geld“, mit dem die Investitionsausgaben bezahlt werden, genauer mit dem reale Produktionsfaktoren wie Arbeitszeit, Vorprodukte und Maschinen gekauft werden und in die Verfügungsgewalt des Unternehmers übergehen, damit er sie für die Produktion von Investitionsgütern nutzen kann. Aus der Perspektive eines Haushalts, der eine neue Stereoanlage kaufen will, muss angespart werden. Investitionsausgaben werden dagegen nicht angespart, sondern durch Kredite finanziert.

Kapitalismus ist Kreditwirtschaft. Kreditwirtschaft bedeutet, dass es nicht nur Warengeld als allgemeines Tauschmittel gibt, sondern ein finanzwirtschaftlicher Sektor, im Regelfall Banken, Kredite vergeben: dies gab es schon Jahrtausende vor der Entstehung des Kapitalismus, als Tempel Geld an „Unternehmer“, z.B. Bauern zum Landkauf, verliehen. Kreditwirtschaft bedeutet, dass die Wirtschaft über einen finanzwirtschaftlichen Sektor gesteuert wird, der Zahlungsmittel schaffen kann, noch bevor der reale Gegenwert in der Form verkäuflicher Produkte entstanden ist. Das einfachste Beispiel ist der Wechsel: rechtlich handelt es sich um eine Zahlungsversprechen eines Schuldners, der breites, damit quasi-öffentliches Vertrauen genießt. Damit kann der Wechsel allgemein gehandelt werden. Der in erster Runde Begünstigte kann dieses Zahlungsversprechen gegenüber Dritten einsetzen, als ob es Geld wäre und damit auch als Sicherheit für Kredite geben. Grundsätzlich funktioniert ein zweistufiges Banksystem ähnlich: ein Schuldner kann Zahlungen an einen Gläubiger auf der Grundlage eines vom Banksystem gewährten Kredites leisten, ohne dass die Güter, aus denen die Verpflichtung erwächst, schon real produziert worden wären. Das dem Gläubiger überlassene Kreditgeld (Wechsel, Überweisung, Banknote) wird von diesem zur Abdeckung eigener Verpflichtungen gegenüber Dritten benutzt und im Regelfall auf irgendein Konto bei einer Bank eingezahlt. Geschäftszweck von Banken ist,